

Bernd Riexinger in Bernburg

Friedrich Schütz

Am 6. Juni sprach Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, auf einer Veranstaltung des Kreisverbandes im Metropol in Bernburg. Nach denen mit André Brie im März und Jan Korte im Mai sollte diese, die langfristig vorbereitet war und nur wenige Tage vor dem Dresdner Parteitag stattfand, ein Höhepunkt im sogenannten Vorwahlkampf sein. Sie sollte dazu beitragen, einen Gedankenaustausch mit einem der beiden höchsten Repräsentanten unserer Partei zu führen und für den Wahlkampf wichtige, aber noch unklare Fragen zu beantworten. Dazu haben die unter dem Thema „Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land“ stehenden Ausführungen einen bedeutenden Beitrag geleistet. Im folgenden soll auf die wichtigsten Aussagen in seinem Vortrag sowie auf einige in den Diskussionsbeiträgen aufgeworfenen Fragen eingegangen werden.

Der Parteivorsitzende begrüßte zunächst in seiner Rede mit einem Blick auf die SPD deren berechnete Forderung nach dem Rücktritt des Verteidigungsministers de Maizere wegen der Drohnenaffäre. Er stellte dann aber heraus, daß diese Partei vor den Wahlen nach links, nach den Wahlen aber



Bernd Riexinger während seines Vortrages

(Foto: privat)

nach rechts blickt und entsprechend handelt. In bezug auf den Kanzlerkandidaten Steinbrück erinnerte er an dessen völlige Unterstützung der Agenda 2010 des damaligen Bundeskanzlers Schröder. Er ist „nicht glaubwürdig für linke Politik“. Daran ändert auch nichts, wenn die SPD 25 Programmpunkte „von uns abgeschrieben hat“. Wenn heute alle Parteien einen sozialen Wahlkampf machen, so schlußfolgerte der Redner, dann hat das mit der LINKEN zu tun. Das muß der Bevölkerung deutlich gemacht werden.

Bernd Riexinger ging dann auf die Frage ein, was DIE LINKE ist, worin ihre Identität besteht. Er verwies auf das Grundsatzprogramm der Partei. Von den dort in der Präambel angeführten Punkten können hier aber nur einige erwähnt werden. Danach kämpft DIE LINKE als sozialistische Partei für

- eine andere, demokratische Wirtschaftsordnung
- einen sozial-ökologischen Umbau
- ein Recht auf gute, existenzsichernde Arbeit
- ein Leben in sozialer Sicherheit
- kulturelle Vielfalt und die Teilhabe aller Menschen am kulturellen Reichtum
- ein gerechtes Steuerkonzept
- die Durchsetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
- eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche Europäische Union
- Frieden und Abrüstung, gegen Imperialismus und Krieg

Der Vorsitzende wandte sich dann im *Fortsetzung Seite 2*

Aus dem Inhalt:

Das Thema:

Bundestagswahl 2013 II

Seite 1 - 5

• Wahlvorbereitung in Mecklenburg-Vorpommern

Seite 6

• Drohnen- Skandal

Seite 7

• Fest der LINKEN

Seite 8

• Ortsversammlung Schönebeck

Seite 8

• Dietmar Bartsch im Salzlandkreis

Seite 9

• Erwerbslosenfrühstück

Seite 9

• Hochwasser an der Saale

Seite 10

• Stadtrat Staßfurt

Seite 11

Hauptteil seines Vortrages der Frage zu: Warum brauchen wir heute eine starke LINKE? Er ging davon aus, daß von den Herrschenden so getan wird, als ob wir keine Massenarbeitslosigkeit haben. Diese ist aber unbestreitbar vorhanden, wenn sie auch gegenüber früheren Jahren zurückgegangen ist, nach wie vor aber nicht alle Arbeitslosen statistisch erfaßt werden. Besonders Besorgnis erregend ist die Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit. Andererseits aber ist genügend Arbeit vorhanden. Zur Lösung dieser Fragen setzt sich DIE LINKE für ein Zukunftsprogramm ein. Die Forderung, daß die Arbeit gut sein muß bezieht sich, wie es im Entwurf des Wahlprogramms heißt, „auf die Höhe von Lohn und Gehalt, den Inhalt, die Arbeitsabläufe und die Gestaltung des Arbeitsplatzes.“

Die Bundeskanzlerin, so der Redner, vertritt die Auffassung, daß Deutschland gut durch die Krise gekommen sei. Das trifft aber für viele Menschen überhaupt nicht zu. DIE LINKE setzt sich deshalb für einen gesetzlichen Mindestlohn von zunächst 10 Euro ein, der aber bis zum Ende der Legislaturperiode auf 12 Euro je Stunde ansteigen sollte. Es darf nicht übersehen werden, daß die Reallöhne immer weiter sinken, so in Deutschland von 2001 bis 2011 um 5 %. Unsere Partei setzt sich für ein Verbot der Leiharbeit ein, denn „Leiharbeit ist moderne Sklaverei“. Sie ist gegen jede Form der prekären Beschäftigung. Jene Menschen, die unter solchen Bedingungen arbeiten müssen, können ihre Zukunft nicht planen und leben in ständiger Unsicherheit. Dazu kommen die vielen befristeten Arbeitsverhältnisse. Und es sei auch erwähnt, daß im Osten lediglich 38 % der Beschäftigten auf der Grundlage von Tarifverträgen entlohnt werden. Schließlich setzt sich unsere Partei aber auch für die Überwindung der immer noch bestehenden Unter-

schiede bei Löhnen und Renten zwischen Ost und West ein.

Als einen dritten Grund für eine starke LINKE stellte der Redner die Reduzierung des ungeheuer großen Unterschiedes zwischen Arm und Reich heraus. Er gab einen Überblick über die Verteilung der Vermögen und das Steuerkonzept unserer Partei (s. DLZ 5/2013). Uns glaubt man, daß wir den Reichen „etwas wegnehmen wollen“. DIE LINKE will dieses Geld für die Finanzierung eines Sozialprogramms einsetzen, das diesen Namen auch verdient. Dabei ist alles, wie er bereits bei der Vorstellung des Leitantrages an den Parteitag herausstellte, genau durchgerechnet. Und solche neu vorgesehenen Steuern wie die Transaktionssteuer, die Reichensteuer oder die Millionärsteuer belasten die Reichen doch nur in einem recht erträglichen Maße. Dem Vorsitzenden ist zuzustimmen, wenn er sagte: „Wir haben noch nie in der Geschichte solchen Reichtum gehabt und solche ungleiche Verteilung.“

DIE LINKE ist die einzige Friedenspartei in Deutschland. „Krieg darf kein Mittel der Politik sein.“, heißt es im Leitantrag. Die Bundeswehr hat nichts in anderen Ländern zu suchen, auch nicht zur Ausbildung von Soldaten. Deutschland ist gegenwärtig der drittgrößte Waffenexporteur. Unsere Partei fordert dagegen ein Verbot aller Rüstungsexporte. Sie fordert aber auch den bedingungslosen Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan sowie die Beendigung weiterer Auslandseinsätze.

Frau Merkel, so der Vorsitzende, spricht von einer „marktkonformen Demokratie“. Das heißt, daß die, welche die Macht haben, „mehr zu sagen haben“. Wir sind für eine Demokratie, in der die Bürger/innen etwas zu entscheiden haben. DIE LINKE wird sich deshalb für neue Formen der demokratischen Beteiligung einsetzen. Dabei

sind soziale und demokratische Rechte unteilbar. „Wir haben es uns nie vorstellen können, daß wir die bürgerliche Demokratie verteidigen müssen.“

Aus der recht regen Diskussion können hier nur einige Gedanken angeführt werden. So halte ich es für völlig angebracht, den Osten nicht nur immer aus der Perspektive der Defizite zu sehen, sondern es müssen auch die Seiten herausgestellt werden, auf denen es Vorsprünge gibt. Zu unserem Sozialprogramm und dem Steuerkonzept muß bei den Menschen das Gefühl entstehen, daß sie umsetzbar sind. Das zu erreichen, fordert aber neue Bündnispartner. Völlig berechtigt war auch die Frage: Wie kommen wir dazu, daß sich die Menschen bewegen? Für wichtig halte ich den Hinweis, daß wir uns etwas einfallen lassen müssen, damit wir bei vielen Menschen den Eindruck überwinden: Wir reden immer dasselbe, und es bewegt sich nichts. Wir befassen uns zu sehr mit dem Was (Inhalt) und zu wenig mit dem Wie (Art der Umsetzung). Und schließlich darf bei allem nicht die ständige Stärkung der Partei vergessen werden.

Mit Bernd Riexinger war nach Lothar Bisky (1996) und Gabriele Zimmer (2001), die jedoch beide auf einem Landesbildungstag sprachen, zum dritten Mal ein Parteivorsitzender Gast in unserer Vortragsreihe. Trotz des inhaltsreichen Vortrages und der schon erwähnten regen Diskussion erfüllte sich aber meine Vorstellung nicht, diese Veranstaltung zu einem herausragenden Höhepunkt in unserer politischen Bildungsarbeit in Vorbereitung auf die Bundestagswahl werden zu lassen. Das lag zu einem großen Teil, aber nicht nur daran, daß das Hochwasser gerade zu diesem Zeitpunkt in Bernburg seinen Höhepunkt erreichte. Enttäuscht war ich darüber, daß keine der Zeitungen unseres Kreises unserer Einladung folgte.

Elke Reinke – Kandidatin für den 18. Deutschen Bundestag

Frank Godniak

Elke Reinke wurde am 02. Mai 1958 geboren. Sie hat zwei erwachsene Kinder und ist in Aschersleben zu Hause. In Ihrer knapp bemessenen Freizeit fährt Elke gern Rad und geht gern im schönen Harz wandern. Von Beruf ist sie Elektroingenieurin. Momentan ist Elke Mitarbeiterin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

Gesellschaftlich engagiert sich Elke sehr stark. Sie ist im kommunalpolitischen Forum tätig, ist Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft und Fördermitglied der Kinderhilfe für Siebenbürgen e.V., ist tätig im Sozialforum Aschersleben e.V. und im Aktionsbündnis Sozialproteste. Im Berliner Krisenbündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ und im Bündnis „Umfairteilen“ setzt sie sich für soziale Gerechtigkeit ein.

Auch parteipolitisch ist Elke sehr engagiert. In der Landesarbeitsgemeinschaft Hartz IV ist sie als Sprecherin tätig. Elke ist Delegierte zum Bundes- und Landesparteitag. Seit 2009 ist sie Stadträtin der Stadt Aschersleben und seit 2010 ist sie im Bundesausschuss tätig. Im Jahre 2011 wurde Elke in den Landesvorstand der LINKEN Sachsen-Anhalt gewählt. Von 2005 bis 2009 war Elke Mitglied im Deutschen Bundestag. Elke kämpft vor allem gegen soziale Ungerechtigkeit und die verfehlte Arbeitsmarktpolitik in unserem Land. Sie kam selbst schon in den zweifelhaften Genuss der von Schröders Regierung verbrochenen Hartz-Gesetze. Schon deshalb kann man davon ausgehen, dass Elke genau weiß wovon sie spricht! „Wir leben heute in



(Foto: privat)

einer Gesellschaft, in der die einen im Überfluss leben und die anderen ihr Essen in den Abfalltonnen suchen... sagt Elke. Es wird höchste Zeit zum Umverteilen“.

Weiter sagt sie: „Ich will die Armut bekämpfen und Menschen, denen es heute noch gut geht, vor dem sozialen Abstieg bewahren. Es wird höchste Zeit, dass die Superreichen in die Verantwortung genommen werden“. Ihre Aussage zum Thema Hartz IV ist eindeutig, Hartz IV muss weg und es muss eine sanktionsfreie Mindestsicherung her. Die Menschen müssen von dem Lohn ihrer Arbeit wieder leben können. Hartz IV reicht nur zum dahinvegetieren.

Elke ist ein sehr kommunikativer Mensch. Schon deshalb hat sie immer ein offenes Oh für die Menschen. Sie findet immer ein paar Minuten Zeit, um den Menschen, die sie ansprechen, zuzuhören. Genau das ist es auch was Elke will. Sie will ein Ansprechpartner für die Menschen sein. Es ist ihr Ziel, Menschen zu zeigen, das man nicht resignieren darf.

„Der herrschenden Politik muss Widerstand entgegen gesetzt werden. Nur so kann man wieder zu einer sozialen Politik kommen.

Aber nicht nur mit Hartz IV beschäftigt sie sich. Auch eine Existenz sichernde Rente liegt ihr am Herzen. Es widerstrebt ihr, dass Rentner sich Minijobs suchen müssen um auszukommen. Die Rentenpolitik eines so reichen Landes wie Deutschland kann so nicht aussehen. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, der muss auch eine Rente beziehen, von der man vernünftig leben kann, ohne noch im Ruhestand arbeiten zu müssen.

All das und noch einiges mehr hat Elke dazu bewogen, in diesem Jahr als Direktkandidatin des Wahlkreises 68 (Harz) und auf der Landesliste für den 18. Deutschen Bundestag anzutreten. In einer starken Fraktion der LINKEN, will sie sich einbringen und für die Bürger des Wahlkreises kämpfen.

Frank Godniak ist Mitglied des Ortsverbandes Aschersleben

Die Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl

Friedrich Schütz

Zur personellen Vorbereitung der Bundestagswahl gehört neben der Wahl der Direktkandidatinnen und Direktkandidaten in den Wahlkreisen die Aufstellung (Wahl) der Landeslisten auf der jeweiligen Vertreterversamm-

lung. Die Vertreter/innen werden durch die Kreis- bzw. Stadtverbände gewählt. Von Ende Januar (Baden-Württemberg) bis Anfang Mai (Saarland) wurden diese Versammlungen durchgeführt, in Sachsen-Anhalt am 13. April.

Der DISPUT, veröffentlichte in seiner Mai-Ausgabe unter der Überschrift „Die Spitzen in den Ländern“ eine Übersicht mit Abbildungen der Spitzenkandidat/innen. Wir dokumentieren diese auf den Seiten 4 und 5.

Die Spitzen in den Ländern

Zwischen Schleswig- Holstein und Bayern: Die Landeslisten zur Bundestagswahl sind gewählt



(Fotos: Disput Mai 2013)



GREGOR GYSI

PETRA PAU



DIANA GOLZE

THOMAS NORD



SABINE LEIDIG

WOLFGANG GEHRCKE



DIETMAR BARTSCH

HEIDRUN BLUHM



ALEXANDER ULRICH

KATRIN WERNER



YVONNE PLOETZ

THOMAS LUTZE



CORNELIA MÖHRING

MARCEL MANSOURI



KERSTEN STEINKE

RALPH LENKERT

Wir sind gerüstet

Zur Vorbereitung auf die Bundestagswahl in Mecklenburg- Vorpommern

Friedrich Schütz

Manche von Ihnen, verehrte Leserinnen und Leser werden wahrscheinlich darüber erstaunt sein, in unserer Zeitung einen Beitrag über Mecklenburg- Vorpommern zu lesen. Das hat mehrere Gründe: Zum einen veröffentlichte unsere Mitgliederzeitschrift in ihrer letzten Ausgabe unter dem in der Überschrift angegebenen Titel einen Artikel der Landesvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Heidrun Bluhm. Zweitens verbindet mich mit diesem Land mehr als mit jedem anderen deutschen Land, habe ich doch dort von 1945 bis 1962 gewohnt, in Schwerin das Abitur gemacht und an der Universität Greifswald studiert. Und drittens haben unser Kreisverband und ich persönlich zu zwei Politikern dieses Landesverbandes, die schon oft in Bernburg bzw. im Salzlandkreis waren und die ich nicht weiter vorstellen muß, einen engen Kontakt: Andre Brie und Dietmar Bartsch.

Ich möchte zunächst dieses Land mit einigen Angaben vorstellen. Mit einer Fläche von 23170 km² (Sachsen- Anhalt 20445 km²) ist es nach Brandenburg das flächenmäßig zweitgrößte unter den ostdeutschen Ländern. Es ist aber mit 1,6 Millionen Einwohnern das von allen am dünnsten besiedelte. Verwaltungsmäßig gliedert es sich nach der ähnlich wie in Sachsen und Sachsen- Anhalt vor einigen Jahren durchgeführten 2. Kreisgebietsreform in die Landkreise Nordwestmecklenburg, Ludwigslust- Parchim, Landkreis Rostock, Mecklenburgische Seenplatte, Vorpommern- Rügen und Vorpommern- Greifswald. Den Status einer kreisfreien Stadt haben nur die Landeshauptstadt Schwerin und Rostock behalten. Nicht unerwähnt bleiben soll, daß DIE LINKE mit Angelika Gramkow in Schwerin, und das ist bisher einmalig, die Oberbürgermeisterin einer Landeshauptstadt stellt. Die so

entstandenen Großkreise erschweren natürlich die politische Arbeit, wobei zu bedenken ist, daß die Entfernungen in ihnen im Durchschnitt größer sind als in Sachsen- Anhalt.

Mecklenburg- Vorpommern wird von einer rot - schwarzen Koalition unter dem Ministerpräsidenten Erwin Sellering regiert. DIE LINKE hatte bei den Landtagswahlen am 4. September 2011, also zu einer Zeit als unsere Partei recht unbefriedigende Ergebnisse bei den Wahlen erreichte, 18,4 % der Stimmen gewinnen können und die Zahl der Mandate um eines auf 14 erhöhen können, darunter das für den langjährigen Europaabgeordneten Andre Brie. Eine Besonderheit dieses Parlaments ist, und das hat es mit dem von Sachsen gemeinsam, die Fraktion der NPD mit 5 Abgeordneten.

Der Landesverband erhielt bei den Bundestagswahlen am 27. September 2009 29,0 % der Stimmen und hatte damit nach Sachsen- Anhalt (32,4%) das zweitbeste Ergebnis in den deutschen Ländern. Steffen Bockhahn gewann mit 32,3% das Direktmandat im Wahlkreis Rostock. Weitere Abgeordnete des 17. Bundestages sind Dietmar Bartsch, Martina Bunge und Heidrun Bluhm.

Wie alle anderen Landesverbände so hat auch der von Mecklenburg- Vorpommern sich gut auf die Bundestagswahl vorbereitet. Dietmar Bartsch, der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion und Mitglied des Kompetenzteams (s. DLZ 5/2013), und Heidrun Bluhm wurden auf die ersten Plätze gewählt (s.Seite 5). Die meisten Kandidatinnen und Kandidaten bewerben sich um ein Direktmandat. Steffen Bockhahn hat erklärt, seines im Wahlkreis Rostock verteidigen zu wollen.

Die Landesvorsitzende stellte in ihrem Artikel heraus: „Gegenwärtig arbeiten

wir an der Optimierung der Kommunikation zwischen den Kreistagsfraktionen... Wir wollen sie stärker als bisher mit der Landtagsfraktion vernetzen und auch über das Kommunalpolitische Forum zu allen brisanten Fragen beraten und qualifizieren“. Dieser Aufgabe muß meiner Ansicht auch in unserem Landesverband mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Unterstützen möchte ich auch ihre Kritik an der „schlecht gemachten“ Kreisgebietsreform, was ich hier aber nicht weiter ausführen kann.

Zur bisherigen Vorbereitung auf die Bundestagswahl schreibt die Landesvorsitzende: „Noch nie hatten wir im Landesverband, aber auch in den Basisorganisationen eine so engagierte und umfassende Diskussion zu einem Bundeswahlprogramm mit vielen Änderungen und Vorschlägen. In Mecklenburg- Vorpommern setzen wir wieder auf einen konstruktiven Dialog auf allen Ebenen“. Mit solchen Themen wie Frieden und soziale Gerechtigkeit in allen seinen Formen sowie Bildung und Wohnen will man die Wählerinnen und Wähler erreichen und sie für die Politik der LINKEN gewinnen. Auf der Ostseebäder- Tour vom 30. Juli bis zum 2. August, beim Friedensfest am 3. August in Graal- Müritz will man sich mit den Themen des Bundeswahlkampfes direkt an die Wählerinnen und Wähler wenden.

Dietmar Bartsch hat einmal als Wahlziel für diesen Landesverband 20% + X verkündet. Dieses Ziel, das ich für notwendig und erfüllbar halte, dürfte vor allen ostdeutschen Landesverbänden stehen. Das erfordert aber überall einen engagierten, zielgerichteten und ideenreichen Wahlkampf, den Einsatz aller unserer Kräfte und Mittel.

Keinen Frieden mit den Drohnen

Jan Korte

Vor wenigen Wochen musste Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière eingestehen, dass bei der Beschaffung von Spionagedrohnen rund 600 Millionen Euro in den Sand gesetzt wurden. Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass offenbar schon 2009 erste Probleme auftauchten und seit mindestens Ende 2011 klar war, dass es mit der Zulassung der unbemannten Aufklärungsflugzeuge für den europäischen Luftraum Probleme geben könnte. Dennoch wurde an dem „Euro-Hawk“-Projekt festgehalten. Nun soll ein Untersuchungsausschuss klären, wer wann genau was wusste, wann die Reißleine beim Projekt hätte gezogen werden können und letztendlich, wer die politische Verantwortung für das Desaster trägt.

Nun kann man sich tatsächlich darüber aufregen, dass das Verteidigungsministerium und die Bundeswehr einen Betrag von 600 Millionen Euro praktisch verbrennen. Man muss sich nur einmal ausmalen, welche sinnvollen Projekte mit diesem Geld hätten finanziert werden können: Dieser Betrag entspricht dem doppelten dessen, was im Land Sachsen-Anhalt im Jahr für das Handlungsfeld „Kinder und Jugend“ bereit gestellt werden. Insofern ist die nunmehr fast parteiübergreifende Empörung über diese Verschwendung groß und auch richtig.

An dieser Stelle hören wir aber nicht auf, zu denken: Zum einen: Was wäre denn gewesen, wenn die Drohnen tatsächlich einsatzfähig wären und die Zulassung erhalten hätten? Die Grünen hätten vielleicht anstandshalber eine kleine moralisierende Pressemitteilung eines Hinterbänklers herausgegeben, während sich FDP und SPD-Fachpolitiker beim offiziellen Übergabetermin der ersten bundesdeutschen Drohne gedrängelt hätten, um mit auf das Pressefoto zu kommen. Vermutlich hätte sich keiner außer der LINKEN darüber aufgeregt, dass jedes Jahr Milliarden in die Rüstung fließen, während hierzulande die Kinderarmut zunimmt und Kommunen nicht



wissen, woher sie das Geld für die Sanierung von Bibliotheken, Schulen oder Sporthallen nehmen sollen.

Zum anderen stehen wir am Anfang einer internationalen Entwicklung bei der Rüstung, von der man nicht weiß, wie sie weitergehen wird. Fakt ist: In naher Zukunft werden Länder wie China und Russland der Entwicklung von Überwachungs- und Kampfdrohnen mitgezogen haben. Wenn die Entwicklung sich weiter in diesem Maße fortsetzt, stehen wir vor einer neuen Phase des Wettrüstens und vor einer neuen Art von Kriegen.

Kampfdrohnen bieten die Möglichkeit militärisch zu agieren und intervenieren, ohne die eigenen Soldaten zu gefährden. Dadurch sinkt die Hemmschwelle für die verantwortlichen Regierungen, Kriegs- und Kampfeinsätze einzuleiten, oder solche umzudeklarieren. Am Beispiel der USA kann man dies deutlich feststellen: So wurden die Drohnenflüge über Libyen nicht zur Genehmigung vorgelegt – es seien ja keine amerikanischen Menschenleben gefährdet, somit wäre der Drohneneinsatz kein zustimmungspflichtiger Kriegseinsatz.

Der Entwicklung und Verbreitung dieser Waffensysteme muss zudem Einhalt geboten werden, weil ihr eine gefährliche Eigendynamik innewohnt. Kampfdrohnen sind nicht nur in der Luft unterwegs, sondern auch zu Land und auf dem Wasser. Die Forschung arbeitet an kampffähigen Drohnen, die über Leben und Tod entscheiden sollen und auto-

nom agieren. Wie weit diese Technologie fortgeschritten ist, hat die Firma Samsung schon vor einigen Jahren gezeigt: Sie plant die Serienproduktion eines autonomen Kampfroboters, der sowohl mit tödlichen Waffen, als auch mit einer Vorrichtung zum Abschuss von Gummigeschossen und zum Versprühen von Tränengas bestückt werden kann.

So sehr die Bundesregierung also auch abwiegelt und im Vergleich mit den mehr oder weniger gezielten Tötungen durch Drohnen, wie sie die US-Regierung praktiziert, auf eine andere „Militärkultur“ verweist, wie es Verteidigungsminister Thomas de Maizière im Bundestag getan hat, ist der Schritt von Aufklärungsdrohnen hin zu kampffähigen „Killerdrohnen“ ein sehr kleiner. Weder innenpolitisch, noch außenpolitisch hat eine Bundesregierung bislang freiwillig darauf verzichtet, Technologie einzusetzen, die ihr zur Verfügung steht. Das demokratische, freiheitliche und friedliche Selbstverständnis der Bundesrepublik, die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern in und außerhalb unseres Landes, werden dabei immer weniger der Maßstab für politisches Handeln. Sie werden immer weiter durch die Grenze des technisch machbaren abgelöst.

Auf ihrem Parteitag in Dresden hat DIE LINKE die Ablehnung der Entwicklung, Beschaffung und des Einsatzes von Spionage- und Kampfdrohnen durch die Bundeswehr beschlossen. Der Beschluss der Delegierten fordert außerdem die internationale Ächtung der Entwicklung, der Herstellung und Verwendung von Spionage- und Kampfdrohnen, sowie des Handels mit ihnen. DIE LINKE teilt die Auffassung der Friedensbewegung, dass nur durch Verzicht und die weltweite Ächtung dieser Technologie eine neue Rüstungsspirale, neue Kriege sowie Überwachung und Unterdrückung verhindert werden können.

Jan Korte ist Mitglied im Vorstand der Linksfraktion im Bundestag

Zum 6. Fest der LINKEN

Friedrich Schütz

Unmittelbar nach der Gründung der neuen Partei DIE LINKE am 16. Juni 2007 beschloß der Parteivorstand, jährlich ein Fest der LINKEN durchzuführen. Mitveranstalter sind die Zeitung „neues deutschland“, die Rosa Luxemburg- Stiftung sowie unsere Fraktionen im Bundestag und Europaparlament. Der Veranstaltungsort war bis zum vergangenen Jahr die Kulturbrauerei am Prenzlauer Berg.

Das diesjährige Fest der LINKEN wurde am 31. Mai auf dem Rosa Luxemburg-Platz, also dem Gebiet zwischen der Volksbühne, dem Karl Liebknecht- Haus und dem Kino Babylon mit einigen Veranstaltungen eröffnet, worauf an den beiden folgenden Tagen ein vielseitiges Programm zu Politik, Kultur und Unterhaltung erfolgte. Ich habe auch in einigen vergangenen Jahren einen Einblick in dieses Fest bekommen, stelle aber fest,



daß der Umzug auf diesen Platz eine positive Entscheidung war, zum einen wegen der Vorteile eines offenen Platzes, zum anderen aber auch, weil man die angeführten Häuser nutzen konnte.

Ich möchte nun versuchen, an wenigen Beispielen die Vielseitigkeit des Festes aufzuzeigen und beginne mit der Politik. So diskutierte Gregor Gysi mit Schülern einer 10. Klasse eines Gymnasiums zum Thema „Schule ohne Rassismus“. Bernd

Riexinger und Katja Kipping führten jeweils ein einstündiges Gespräch mit einer Journalistin bzw. einem Schriftsteller. Vier Journalisten, darunter der Chefredakteur des „nd“ diskutierten zum Thema „Folgt Merkel auf Merkel?“. Auch über die Euro- Krise wurde diskutiert. Ich verfolgte die Podiumsdiskussion. „Und wo droht al Quaida jetzt“ und „Kunst gegen Bankenmacht“. Aus dem Gebiet der Kultur will ich hervorheben, daß 11 Personen im Karl Liebknecht- Haus ihre neuen Bücher vorstellten bzw. daraus lasen, darunter auch Jan Korte mit „Geh doch rüber“. Die bekannte Autorin Daniela Dahn stellte in der Volksbühne ihr neues Buch „Wir sind der Staat“ vor. Das musikalische Programm reichte vom Swing- Orchester Andrej Hermlins bis zur modernen Musik. Nicht unerwähnt bleiben soll das „Kinderfest Märchenland“.

Wahlprogramm in der Basis diskutiert

Ortsversammlung in Schönebeck

Sabine Dirlich

Zurzeit diskutiert DIE LINKE über ihr Wahlprogramm, das beste Wahlprogramm aller Parteien. Unser Anspruch an uns selbst war ziemlich groß. Erfüllt werden sollte er durch die Einbeziehung aller Genossinnen und Genossen, die das wünschen. Und das hat wohl geklappt. Über tausend einzelne Änderungsanträge zum Entwurf des Wahlprogramms sind dafür ein beredtes Zeugnis. Ein Widerspruch, der in allen Diskussionen zum Wahlprogramm eine Rolle spielt, wird damit allerdings noch verschärft. Allgemein wird beklagt, dass das Wahlprogramm viel zu lang ist, aber die meisten Änderungsvorschläge sind Ergänzungen, die das Programm noch verlängern.

Auch in Schönebeck haben wir diskutiert. Dass es nicht leicht war, hat ebenfalls mit der Länge des Programms zu tun. Unsere Ortsvorsitzende Christa Beier hat deshalb zunächst anhand einer Präsentation des Landesverbandes die wichtigsten Punkte des Wahlprogramms erläutert. Großes Interesse hatten unsere Genossinnen und Genossen an den

Passagen zum Thema „Gute Arbeit“. Gute Arbeit statt niedriger Löhne und unsicherer Jobs, ein gesetzlicher Mindestlohn von 10 € und eine strikte Beschränkung der Leiharbeit in einem ersten Schritt. Auch die Forderungen zum Thema Hartz IV haben in der Diskussion eine Rolle gespielt. Einig waren wir uns darin, dass Hartz IV weg muss, indem es zu einer sanktionsfreien sozialen Grundsicherung umgebaut und die Schikanen gegen die Betroffenen verhindert werden. Logischer Weise sind auch die Forderungen zum Thema Rente besonders interessant. Es muss wieder eine Rente geben, die den Lebensstandard sichert und Armut nicht zulässt. Genauere Formulierungen wünschen sich die Genossinnen und Genossen bei der Frage, wie der Rentenwert Ost bis Ende 2017 an das Westniveau angeglichen werden soll. Großen Klärungsbedarf gibt es zu unseren Vorschlägen der Reichtumsbesteuerung und Einbeziehung der Vermögenden in die Finanzierung der öffentlichen Ausgaben. Ganz wichtig

ist auch in unserer Basis, dass der Ton des Wahlprogramms nicht aggressiv, sondern werbend ist und wir die Wählerinnen und Wähler zur Diskussion um das Programm eingeladen haben.

Die Genossinnen und Genossen haben vor allem die Erwartung, dass die Kompromisse, die das Wahlprogramm wie immer enthält, nicht in Frage gestellt und auf dem Parteitag kein unnötiger Streit ausgefochten wird. Das gilt vor allem für die jetzt gefundenen Formulierungen zum Euro. Wir müssen vor den Wahlen Einigkeit und Stärke demonstrieren. Das ist wohl die wichtigste Aufgabe dieses Bundesparteitages.

MdL Sabine Dirlich ist Mitglied des Ortsverbandes Schönebeck

Dietmar Bartsch in Bernburg und Staßfurt

Jörg Lemmert

Am 27. Mai war Dietmar Bartsch, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, im Salzlandkreis Gast. Der ehemalige Geschäftsführer der Partei DIE LINKE und jetzige Stellvertreter von Gregor Gysi in der Führung der Bundestagsfraktion ist Wirtschaftswissenschaftler und steht für die konsequente Wahrnehmung der Interessen Ostdeutschlands in der Bundespolitik.

Unter dem Motto „Fraktion vor Ort“ stand er zusammen mit MdB Jan Korte den Bürgerinnen und Bürgern in Staßfurt und Bernburg in öffentlichen Bürgersprechstunden Rede und Antwort. Trotz des eher durchwachsenen Wetters gab es großen Andrang an den Infoständen in Staßfurt-Nord und vor der Einkaufspassage am Zepziger Weg in Bernburg. Viele Interessierte kamen, um mit den Abgeordneten ins Gespräch zu kommen. Unter ihnen z. B. Vorsitzende verschiedener Vereine und in Staßfurt auch Stadtratschef Walter Blauwitz.

Im Mittelpunkt der Gespräche stand dabei die Entwicklung Ostdeutschlands. Die Angleichung von Löhnen, Renten und Lebensverhältnissen war das Thema, welches bei den Gästen am Info-



Großer Andrang bei der Bürgersprechstunde der Abgeordneten in Staßfurt (Foto: privat)

stand die größte Rolle spielte. Darüber hinaus wurde natürlich über den bevorstehenden Wahlkampf diskutiert.

Dietmar Bartsch zeigte sich erfreut über die gute Resonanz: „Das Wetter konnte die diskutierfreudigen Bürgerinnen und Bürger heute nicht aufhalten. Die öffentlichen Bürgersprechstunden von Jan Korte sind in Bernburg und Staßfurt ja schon eine Institution. Und das

ist gut so: Wir haben den Anspruch, Politik für die Menschen zu machen, also müssen wir sie auch mit ihnen diskutieren. Wer diesen Austausch nicht sucht, wird zwar nicht nass, hat aber auch keinen Draht zu den Realitäten der Bürgerinnen und Bürger.“

Jörg Lemmert ist Wahlkreismitarbeiter von Jan Korte

Erwerbslosenfrühstück in Bernburg

Jana Lankau

Wann ist eine Tätigkeit arbeitsmarktneutral? Diese Frage stand beim 16. Erwerbslosenfrühstück am 27. Mai im Wahlkreisbüro von Birke Bull und Jan Korte im Fokus. Neben den Kosten der Unterkunft waren die sogenannten 1-Euro-Jobs und der Bundesfreiwilligendienst Gesprächsthemen. Kann Jedem und Jeder jede Tätigkeit zugemutet werden, war die Frage, die an einem geschilderten Beispiel diskutiert wurde. Laut Gesetz im Prinzip schon. In bestimmten Fällen, sei es bei der Arbeit mit Kindern oder SeniorInnen, beim Einsatz im Tierheim oder Ähnliches sollte aber unbedingt auf Freiwilligkeit geachtet werden, weil sonst alle Beteiligten unter der Fehlbesetzung zu leiden haben. In anderen Fällen sind

gesundheitliche Beeinträchtigungen zu beachten und nicht zuletzt auch, dass die 1-Euro-Jobs nicht zum Abbau regulärer Arbeitsplätze führen.

Diese sogenannte Arbeitsmarktneutralität spielt auch beim Bundesfreiwilligendienst eine große Rolle. Er wurde nach dem Wegfall der Wehrpflicht (und damit auch des Zivildienstes) eingeführt und hat das Ziel, altersunabhängig freiwilliges bürgerliches Engagement zu fördern. Profitieren tun davon die verschiedensten Bereiche der Gesellschaft. Diejenigen, die eine Aufgabe finden, und diejenigen, die durch diese Arbeit Hilfe erfahren, sei es in sozialen, ökologischen und kulturellen Bereichen, im Sport, im Zivil- und Katastrophenschutz

oder in der Integration. Einsatzstellen sind gemeinwohlorientierte Institutionen. Der Dienst muss arbeitsmarktneutral sein, das heißt, dass die Tätigkeiten der Freiwilligen unterstützend und zusätzlich sein müssen und keine hauptamtlichen Stellen ersetzen. Wenn hingegen in Einzelfällen die Freiwilligen die Arbeit von Hauptamtlichen erledigen, sind Zweifel an der Arbeitsmarktneutralität erlaubt. Hier hat sowohl die Verwaltung als auch die Politik die Aufgabe, stärker zu kontrollieren und notfalls einzugreifen.

Jana Lankau ist Wahlkreismitarbeiterin von MdL Birke Bull

DIE LINKE im Salzlandkreis leistet Hochwasserhilfe

Jörg Lemmert

Zwei Wochen lang war der Salzlandkreis fest im Griff des Hochwassers an Elbe und Saale. Die Rekordstände in vielen Orten verlangten den Einsatzkräften und unzähligen freiwilligen Helferinnen und Helfern alles ab. Unter den Freiwilligen waren auch viele Genossinnen und Genossen aus dem Salzlandkreis. Mitglieder der Partei halfen u.a. in Könnern, Bernburg, Saale-Wipper und im Elbe-Saale-Winkel beim Sandsäcke füllen und beim Errichten von Schutzwällen gegen die Wassermassen. Auch nach dem Rückzug der Fluten gab es wieder reichlich zu tun, so galt es Hunderttausende von Sandsäcken wieder zu leeren.

Politik und Umweltkatastrophen ist und bleibt ein schwieriges Thema: Wer sich am Deich blicken lässt, gilt schnell als Wichtigtuer. Lässt man es sein, kommt der Vorwurf des Desinteresses auf. Die Abgeordneten im Salzlandkreis entschied



Blick auf das Saalehochwasser in Bernburg

(Foto: privat)

den sich einfach dafür, mit anzupacken. So wurden u.a. MdL Birke Bull, MdB Rosemarie Hein und MdB Jan Korte beim Kampf gegen die Fluten gesichtet.

Unser Dank gilt allen Helferinnen und Helfern, die unermüdlich versuchten, das Schlimmste zu verhindern und auch

beim Aufräumen vollen Einsatz zeigten. „Die überall zu spürende Hilfsbereitschaft und Solidarität ist kein wirklicher Trost, aber ein wärmendes, schönes Signal“ formulierte es Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn während der Flut.

DIE LINKE als einzige politische Kraft beim Heimatfest in Rathmannsdorf

Klaus Magenheimer

In bewährter Weise wurde auch in diesem Jahr mit einer breit zusammengesetzten Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Ortsbürgermeisters das Heimatfest vorbereitet. Mit dabei in den Tagen vom 7. bis 9. Juni waren die Mitglieder des Ortsverbandes unserer Partei, die unter anderem den mehrstündigen Einlassdienst absicherten. Das Fest stand im Zeichen des 60. Jahrestages der Durchführung des Heimatfestes – im Sprachgebrauch als Kinderfest bezeichnet.

Weil an diesen Tagen auch das Jubiläum des 50 jährigen Bestehens der Kindertagesstätte begangen wurde, waren natürlich mehrere Programmteile für die Kinder geplant, so eine Hundeshow mit rechnenden Tieren aus Atzendorf, Kutschfahrten, Kinderkarussell.

Die Kinder beteiligten sich an sportlichen Wettkämpfen und vielem andere n mehr. Höhepunkt war wiederum das Programm die Kinder der Tagesstätte „Pappelkiste“. Sie wurden dabei begleitet und unterstützt durch Frau Annemarie Hildebrandt, die eben vor 50 Jahren die erste Leiterin dieser Einrichtung war und mehrere Generationen im ehemaligen Forsthaus bildete und auch erzog.

Eröffnet wurde das Fest durch die Musikformation „Three – Voices“ aus Könnern. Zwei der männlichen Mitglieder kamen gerade aus dem Hochwassereinsatz. Die Anteilnahme der Besucherinnen und Besucher gegenüber den Hochwasseropfern führte bei der Gruppe zur Entscheidung 100 Euro der Gage zu spenden. Das wurde mit viel Beifall quittiert.

Dem Aufruf zur Spende schlossen sich viele Besucherinnen und Besucher an den kommenden Tagen an, und es kam eine Spendensumme von 403 Euro zusammen. Dass dieses Ereignis in etwas weiterer Entfernung alle bewegte, bewiesen auch die Kameradinnen und Kameraden der örtlichen Freiwilligen Feuerwehr, die nach Beendigung ihres Hilfseinsatzes am Fest teilnahmen, aber immer in Abrufbereitschaft waren.

Erneut konnte man spüren: Dieser kleine Ortsteil an der Liethe ist immer wieder ein Magnet. Viele Einwohner, vor allem eine große Kinderschar, manche noch im Kinderwagen, aber auch aus der Umgebung waren wiederum viele Gäste vor Ort. Sie genossen Kultur und Unterhaltung, erfreuten sich an den Kuchenbarsen. Auch das Stadtfest in Güsten, in

Staßfurt das Tierparkfest und in Löderburg eine weitere Veranstaltung konnten sie nicht von einem Besuch abhalten. Lediglich der angekündigte erneute Besuch des Bundestagsabgeordneten Jan Korte fiel buchstäblich ins Wasser.

Das Heimatfest lebt von eigenen Beiträgen und vom Mitmachen vieler Einwohnerinnen und Einwohner, ob alt oder jung. Das bewiesen vor allem die Mitglieder vom Jugendtreff, die nicht nur umfangreiche Kinderbeschäftigung durchführten, sondern die sonntägliche Kaffee- und Kuchentafel im Dorfgemeinschaftshaus mit Elan und breiter Unterstützung durchführten.

Bei wiederum prächtigem Wetter gab es eine Reihe von freudigen Wiedersehen mit ehemaligen Mitbewohnern, die aus Arbeitsgründen nicht mehr in ihrem Heimatdorf sind, aber sich zu solchen Anlässen immer wieder scharenweise einfinden. Siegerehrungen, ein Quiz und Dankesworte des Ortsbürgermeisters an die Sponsoren beendeten die drei tollen Tage auf dem „Quell“.

Ernsthafte Debatte unter Begleitung vieler besorgter Bürgerinnen und Bürger

Sitzung des Staßfurter Stadtrates

Klaus Magenheimer

Durch ein dichtes Spalier von Kindern und Erwachsenen und Plakaten mussten die Stadträte am 6. Juni ihren Weg zum Tagungssaal suchen. Anlass dieser weiteren Protestaktion waren die Vorschläge des Oberbürgermeisters, aus Sparsamkeitsgründen die Grundschulen in Neundorf und Löderburg schließen zu wollen. Diese Konsolidierungsmaßnahmen führten zu Unterschriftensammlungen für den unbedingten Erhalt dieser beiden Bildungseinrichtungen und zur Bildung von Bürgerinitiativen.

Unsere Fraktion hat bei Zusammenreffen mit den Bürgerinitiativen offen die Ablehnung dieses Schließungsvorhabens zum Ausdruck gebracht und Unterstützung zugesagt. Um ein entsprechendes Verwaltungshandeln auf den Weg zu bringen, unterbreiteten wir in zwei getrennten Stadtratsvorlagen, die jeweiligen Schuleinzugsbereiche so zu ändern, dass die erforderlichen Schülerzahlen erreicht werden.

Unter Beobachtung der betroffenen Schülerinnen, Schüler und El-

tern erfolgte dann eine „Lehrstunde“ der Demokratie – man könnte es schon als Vorwahlkampf bezeichnen. Nach langer Debatte fanden unsere Anträge die klare mehrheitliche Zustimmung. Die ausgezählten 8 Neinstimmen kamen von der CDU-Fraktion, die sich als diejenigen bezeichneten, die im Gegensatz zu den anderen Fraktionen noch ein normales Verhältnis zur Realität haben.

Der Realitätssinn wurde dann in einer schwer zu beherrschenden Debatte um den Haushalt und den Konsolidierungsvorschlägen sichtbar.

Nach neuem Haushaltsrecht erarbeitet, wies der Haushalt eine Lücke auf. Die soll dann durch Steuererhöhungen, Gebührenerhöhungen und Austritt aus langfristigen Verträgen in der kommenden Zeit geschlossen werden. Unsere Fraktion hat grundsätzlich zum Ausdruck gebracht, dass sie die Ursachen für die prekäre Lage der Stadt in der verfehlten Politik des Bundes und des Landes sieht und darum nicht zustimmen wird.

Auch wir sehen die Notwendigkeit für einen beschlossenen Haushalt, aber nicht unter diesen Bedingungen.

Die Einschüchterungsversuche führten letztlich dazu, dass der Haushalt für das Jahr 2013 in namentlicher Abstimmung mehrheitlich beschlossen wurde. Der parteilose Oberbürgermeister kann sich offensichtlich auf die CDU-Fraktion verlassen.

Ein Einsparungsvorschlag betraf auch die Entschädigungen der Stadträte und Ortsbürgermeister für ihre ehrenamtliche Tätigkeit. Sie sollten wesentlich gekürzt werden.

Dieser Vorschlag kam kurioser Weise von denen, deren Parteivordere im Landtag eine Diätenerhöhung um 18 % für angemessen ansahen und gemeinsam mit der SPD beschlossen. Diesen Vorschlag kann man wirklich nicht ernst nehmen.

Klaus Magenheimer ist Fraktionsvorsitzender im Staßfurter Stadtrat

Für den Erhalt unserer Kommunalen Wohnungs- und Baugesellschaft

Ralf-P. Schmidt

Die Staßfurter LINKE engagiert sich gemeinsam mit anderen StadträtInnen, MieterInnen und BürgerInnen für den Erhalt der kommunalen Wohnungen in Staßfurt. Damit stellen wir uns klar gegen die Verkaufsabsichten von Oberbürgermeister Rene Zok.

Warum? Weil Wohnen für uns kein marktwirtschaftliches Instrument ist, sondern ein wichtiger Bestandteil der Daseinsfürsorge - analog Bildung, Gesundheit, Wasser und Strom.

Wir kennen keine Beispiele, bei denen es den MieterInnen nach dem Wohnungsverkauf an einen Miethai besser ging - ganz im Gegenteil! Viele Beispiele gibt es mittlerweile, wo MieterInnen ohne Rechte dastehen, keine Ansprechpartner haben oder die Heizung aufgrund der fehlenden Betriebskostenweiterleitung an den Wärmelieferanten einfach abgestellt



werden. Die Staßfurter und Förderstedter Wohnungen gehören allen BürgerInnen unserer Stadt - deshalb möchten wir, dass sich alle StaßfurterInnen in diese Diskussion einmischen.

Wir stehen für eine kommunale Woh-

nungswirtschaft, die sich für die Wohnungsfrage aller gesellschaftlichen Schichten verantwortlich fühlt, niemanden ausgrenzt und das Recht auf Wohnen durchsetzt, für eine Wohnungsbaugesellschaft, die soziale und städtebauliche Fragen der Kommune betrachtet, die Obdachlosigkeit verhindert!

Die LINKEN Vertreter in den dazu geschaffenen Gremien stehen Ihnen dazu Rede und Antwort:

- Im Aufsichtsrat : Dr. Walter Blauwitz
- In der Gesellschafterversammlung: Klaus Magenheimer und Ralf-P. Schmidt
- Im Ausschuss Entwicklung der Wohnungs- und Baugesellschaft Staßfurt mbH: Ralf-P. Schmidt und Gerhard Wiest

Ralf-P. Schmidt ist Mitglied im Staßfurter Stadtrat

Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
Juni
recht herzlich

Zum 93. Geburtstag
Frida Dölseus

Zum 91. Geburtstag
Heinz-Werner Zeißig

Zum 88. Geburtstag
Elli Killmann

Zum 87. Geburtstag
Anna Schäfer
Günter Gottwald

Zum 84. Geburtstag
Helmut Böhme

Zum 83. Geburtstag
Margit Keller

Zum 82. Geburtstag
Wilfried Breithaupt

Zum 81. Geburtstag
Marianne Strauß

Zum 80. Geburtstag
Margot Lausch
Martin Lehmann

Zum 75. Geburtstag
Jörg Barczinski

Zum 70. Geburtstag
Wolfgang Haberstroh

Zum 65. Geburtstag
Manfred Bölke
Herbert Meyer

Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im Juni
Geburtstag haben



Plakatspende für MdB Jan Korte

Wer Jan Korte beim Kampf um
das Direktmandat im Wahlkreis
Anhalt unterstützen möchte, kann
für 10 Tage ein Großflächenplakat
in einem Ort seiner Wahl schalten.
Spendenformulare gibt es in den
Bürgerbüros und direkt auf
www.jankorte.de

Ausstellungseröffnung im Bürgerbüro Bernburg

Am 30.07.2013 präsentiert Udo
Isensee aus Bernburg ab 18:30 Uhr
unter dem Titel "Die Welt" seine
surrealistischen Kohlezeichnungen
im Bürgerbüro von Birke Bull und
Jan Korte. Alle Interessierten sind
auf ein Glas Sekt und einen kleinen
Imbiss eingeladen!

LINKE Straßengespräche in Aschersleben

Am 11.07.2013 um 10 Uhr auf dem
Holzmarkt in Aschersleben.

Mitgliederversammlung DIE LINKE Aschersleben

Die nächste Mitgliederversamm-
lung mit Vorstandsneuwahl findet
am 22.06.2013 um 10 Uhr in Lilli's
Restaurant in Aschersleben statt.

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am
27.06.2013 um 18 Uhr im Fraktions-
büro in Staßfurt.

Einsendeschluss für die näch-
ste DLZ ist der 01. Juli 2013 und
Redaktionsschluss war der 13. Juni
2013



Nachruf

Am 11. Juni 2013 verstarb uner-
wartet im Alter von 78 Jahren unser
Genosse **Dr. Wolfgang Käthner**.
In seiner beruflichen Tätigkeit als
Dozent der Hochschule für Land-
wirtschaft und Nahrungsgüterwirt-
schaft leistete er eine von allen
anerkannte vorbildliche wissen-
schaftliche Arbeit. Als Referent
der URANIA für wirtschaftswissen-
schaftliche Themen war er in den
Betrieben und Einrichtungen sehr
gefragt. In den 1990er Jahren wur-
de er für die PDS in den Kreistag
Bernburg gewählt, deren Fraktion er
ab 1996 mehrere Jahre leitete. Hier
gelang es ihm, linke Politik glaub-
haft und überzeugend zu vertreten.
Wir ehren und achten Wolfgang
Käthner für seine Aufrichtigkeit,
seine Zuverlässigkeit, seine feste
Überzeugung von der Notwendig-
keit einer besseren und gerechteren
Welt sowie für seine kritischen und
konstruktiven Diskussionen in unse-
ren Veranstaltungen.
Wolfgang fehlt uns sehr. Wir werden
ihn nicht vergessen.

BO Bernburg-Talstadt
Kreisvorstand

DIE LINKE ZEITUNG

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE.

Salzlandkreis

Tel.: 03471/310492

Mail: dielinke-salzlandkreis@t-online.de

06391 Bernburg, PF 1104

Redaktion :

Friedrich Schütz (V.i.S.d.P),

Joachim Redmann,

Klaus Magenheimer,

Jörg Lemmert

Bei nicht vereinbarten und nach Redakti-
onsschluss eingegangenen Artikeln kann
die Veröffentlichung nicht garantiert werden.